

Abstimmung gut, alles gut?

Johannes N. Blumenberg/Thorsten Faas

Hat die Volksabstimmung am 27. November 2011 zur Befriedung des Konflikts um Stuttgart 21 beigetragen und zu einer breit getragenen Akzeptanz des Projekts in der Bevölkerung geführt? Basierend auf zwei umfangreichen Studien zeigen Johannes Blumenberg und Thorsten Faas, wie sich die Einstellungen der Bevölkerung, ihre Emotionen zum Projekt Stuttgart 21, aber auch zum Verfahren der Volksabstimmung entwickelt und verändert haben. Nannten im November/Dezember 2010 noch 35 Prozent der Teilnehmer Stuttgart 21 als wichtigstes Problem, wurde dieses Thema zwei Wochen vor der Wahl durch die Kernschmelzen in Fukushima zurückgedrängt. Einem leichten Anstieg der Präsenz von Stuttgart 21 folgte im Anschluss an die Volksabstimmung ein merklicher Abfall der Wichtigkeit des Themas. Die Volksabstimmung hat – so das Fazit – dazu beigetragen, dass Stuttgart 21 aus dem Problembewusstsein der Bürgerinnen und Bürger geraten ist. Ebenso wurden die Emotionen besänftigt. Die Akzeptanz des Ergebnisses der Volksabstimmung zeigt sich letztlich auch in der geäußerten Erwartung, dass die Landesregierung das Ergebnis akzeptiert und als politischen Auftrag versteht. |

Einleitung

Rund neun Monate nach der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ist es bei den weiterhin stattfindenden Montagsdemonstrationen sichtbar (und zumeist auch hörbar) ruhiger geworden. Zwar findet sich immer noch eine kleine Schar von Stuttgart 21-Gegnern zusammen, um beharrlich gegen das Projekt zu demonstrieren. Die Zahl der Demonstranten hat allerdings im Zeitverlauf merklich nachgelassen. Dies gilt gerade für prominente Vertreter des Protestes. Und auch der Rückhalt und das Verständnis für die Demonstrationen innerhalb der Bevölkerung scheinen zu schwinden, selbst wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann immer wieder auf das legitime Recht der Gegner, weiterhin gegen das Projekt zu demonstrieren, verweist.¹ Es hat den Anschein, dass der Volksabstimmung damit geglückt ist, wozu weder die im Rahmen der Planung des Projektes enthaltenen Beteiligungselemente (Ideensammlungen Mitte der 1990er; Anhörungen und Eingaben während der Planung²) noch die Sachschlichtung

unter der Federführung von Heiner Geißler in der Lage waren, nämlich eine nachhaltige Befriedung des Konflikts und eine breit getragene Akzeptanz des Projektes in der Bevölkerung zu erreichen.

Um zu klären, inwieweit die Befriedung wirklich auf die Volksabstimmung zurückzuführen ist oder nur am natürlichen Ende eines lange anhaltenden Trends liegt, möchten wir in diesem Beitrag die vergangenen anderthalb Jahre in Baden-Württemberg noch einmal Revue passieren lassen. Im Fokus soll dabei die Sicht derjenigen stehen, die am Ende über das Projekt abstimmten: die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs. Basierend auf zwei verknüpften Studien, die wir anlässlich der Landtagswahl 2011 bzw. der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 durchgeführt haben, möchten wir der Frage nachgehen, wie sich die Einstellungen der Bevölkerung, ihre Emotionen zum Projekt Stuttgart 21 selbst, aber auch zum zugehörigen Verfahren (mit der Volksabstimmung am Ende) entwickelt und verändert haben.

Wir beginnen mit einer knappen Vorstellung dieser Studien. Daran anschließend diskutieren wir, für wie wichtig die Bürgerinnen und Bürger des Landes Stuttgart 21 erachtet haben und welcher Dynamik diese zugeschriebene Wichtigkeit unterliegt. Unter der (wohl gerechtfertigten) Annahme, dass bei Stuttgart 21 insbesondere auch Emotionen eine entscheidende Rolle spielten, schließt daran eine Betrachtung von mit Stuttgart 21 verknüpften Emotionen an, bevor in einem dritten Schritt die Ein-

stellungen und Einschätzungen zur Volksabstimmung analysiert werden. Wir schließen mit einem Ausblick, der die wichtigsten Ergebnisse noch einmal zusammenfasst und die mögliche Übertragbarkeit der Erfahrungen der Volksabstimmung diskutiert.

Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 und die Studie „Volksabstimmung Stuttgart 21“

Die Basis für unsere Untersuchung bilden zwei Studien, die von November 2010 bis Dezember 2011 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim durchgeführt wurden. Beide verfolgten das Ziel, Prozesse der Informationsverarbeitung und Entscheidungsfindung im Umfeld der Landtagswahl 2011 bzw. der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 zu untersuchen. Um dies leisten zu können, haben wir zu Beginn der Untersuchungen Teilnehmer eines sogenannten Online-Access Panels (und zwar jenem der Firma YouGov³) eingeladen, an einer via Internet realisierten Umfrage teilzunehmen, in der ihnen Fragen zu unterschiedlichsten politischen Themenfeldern sowie zur Landtagswahl bzw. Volksabstimmung gestellt wurden. An unserer ersten Befragung im November/Dezember 2011 haben rund 3.150 Personen teilgenommen. Um die weitere Entwicklung der Einstellungen dieses Personenkreises während des Wahlkampfes und darüber hinaus beobachten zu können, wurde dieser im weiteren Verlauf bis zu acht weitere Male be-

Tabelle 1: Übersicht über Zeiträume der Befragungen

| Befragung | Studie | Zeitraum |
|-----------|-----------------------------------|---------------------------|
| 1 | Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 | 18.11.2010 bis 02.02.2011 |
| 2 | Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 | 13.02.2011 bis 26.02.2011 |
| 3 | Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 | 27.02.2011 bis 12.03.2011 |
| 4 | Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 | 13.03.2011 bis 26.03.2011 |
| 5 | Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 | 28.03.2011 bis 18.04.2011 |
| 6 | Wahlstudie Baden-Württemberg 2011 | 17.05.2011 bis 25.05.2011 |
| 7 | Volksabstimmung „Stuttgart 21“ | 30.10.2011 bis 12.11.2011 |
| 8 | Volksabstimmung „Stuttgart 21“ | 13.11.2011 bis 26.11.2011 |
| 9 | Volksabstimmung „Stuttgart 21“ | 28.11.2011 bis 14.12.2011 |

fragt. Zirka 1.000 Teilnehmer der ersten Befragung nahmen an allen folgenden Befragungen bis in den Dezember 2011 hinein teil. Tabelle 1 gibt Aufschluss über die Zeitpunkte der einzelnen Befragungen.

Die mehrfache Befragung der Teilnehmer versetzt uns in die Lage, in sehr detaillierter, feinkörniger Art und Weise Veränderungen in den Emotionen, Einstellungen und Bewertungen unterschiedlichster Themenlagen, unter anderem zum Themenkomplex Stuttgart 21, nachzuvollziehen. Die späteren Befragungen der Studie „Volksabstimmung Stuttgart 21“ wurden darüber hinaus durch zwei telefonische Befragungen mit jeweils 1.000 Personen in Baden-Württemberg insgesamt und zusätzlichen jeweils 500 Personen in der Stadt Stuttgart ergänzt, von denen eine vor und eine nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde.

Für die folgenden Analysen werden sowohl die Daten der Online-Befragungen als auch der Telefonbefragungen herangezogen. Die ersten beiden Teile, bei denen die langfristige Perspektive relevant ist, basieren dabei auf den Daten der Online-Umfragen. Für die Analyse der Einstellungen zur Volksabstimmung selbst greifen wir auf die nach der Abstimmung telefonisch gewonnenen Daten für Baden-Württemberg insgesamt zurück.

Stuttgart 21 – Das wichtigste Problem im Land?

Die erste Frage, der wir an dieser Stelle nachgehen möchten, bezieht sich auf die subjektiv wahrgenommene Wichtigkeit des Themas Stuttgart 21. In unseren Umfragen haben wir die Befragten gebeten, anzugeben, welches politische Problem in Baden-Württemberg aus ihrer Sicht (zum jeweiligen Befragungszeitpunkt) das größte sei. Diese Frage bietet einen ersten Ansatzpunkt, um die Wichtigkeit des Problems insgesamt zu erfassen. Für die Analysen haben wir aus den Antworten der Befragten die Häufigkeit der Nennung „Stuttgart 21“ ins Verhältnis zu anderen Nennungen, wie beispielsweise „Bildungspolitik“ oder „Atomkraft“, gesetzt.

Unsere Analyse zeigt, dass insbesondere zu Beginn des Beobachtungszeitraumes, im November/Dezember 2010, Stuttgart 21 von fast 35 Prozent der Befragten als wichtigstes Problem genannt wurde – für ein landesspezifisches Thema (manche würden sogar von einem lokalen Thema sprechen) ein sehr hoher Wert. In den letzten beiden Wochen vor der Wahl ging die Häufigkeit der Nennungen jedoch massiv zurück. Nur noch rund ein Fünftel der Be-

fragten gab zu diesem Zeitpunkt an, dass Stuttgart 21 für sie das wichtigste Problem sei.

Vergegenwärtigt man sich die Vorkommnisse vor der Wahl noch einmal, so liegen die Gründe hierfür nahe. Am 11. März 2011 kam es in Folge eines durch das Tōhoku-Erdbeben ausgelösten Tsunamis zu mehreren Kernschmelzen im japanischen Kernkraftwerk Fukushima Daiichi. Die Lage war dabei so gravierend, dass das Unglück auch den deutschen Mediendiskurs (ebenso wie die tatsächliche politische Agenda in Berlin) in den anschließenden Wochen bestimmte und zum Leitthema der politi-

schen Diskussion in Deutschland insgesamt, aber auch der laufenden Wahlkämpfe in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wurde. Auch in der Wahrnehmung der Bürger wurde Stuttgart 21 hierdurch zurückgedrängt.⁴ Nach der Landtagswahl vom 27. März 2011 ist ein neuerlicher (leichter) Anstieg der Wahrnehmung von Stuttgart 21 als wichtigstem Problem erkennbar. Die Häufigkeit der Nennungen



Stuttgart 21-Gegner demonstrieren im Januar 2012 auf dem Schlossplatz. Nach der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ist es bei den Demonstrationen sichtbar (und zumeist auch hörbar) ruhiger geworden. Das Ergebnis der Volksabstimmung hat letztlich auch die Emotionen – von Befürwortern und Gegnern – befriedet.

picture alliance/dpa

bleibt dabei auch über den relativ langen Zeitraum zwischen Befragungszeitraum 6 (Mai 2011) und Befragungszeitraum 7 (November 2011) so stabil, dass das Phänomen in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen präsent geblieben ist.

Im Anschluss an die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ist schließlich ein starker Abfall von Stuttgart 21 in der Nennungshäufigkeit erkennbar. Wir finden hier also einen ersten starken Hinweis dafür, dass die Volksabstimmung dazu beigetragen hat, Stuttgart 21 aus dem Problembewusstsein der Bürger zurückzudrängen.

Nach dieser (landesweiten) Betrachtung des Themas insgesamt wollen wir uns noch zwei zusätzlichen Differenzierungen zuwenden. Im ersten Schritt

wollen wir prüfen, ob es Unterschiede zwischen den Bewohnern Stuttgarts und den Bewohnern der anderen Regionen Baden-Württembergs gibt. Aus theoretischer Sicht ist hierbei zu erwarten, dass die direkt betroffenen Stuttgarter das Problem Stuttgart 21 tatsächlich als (deutlich) wichtiger wahrnehmen als andere Personen. Sie sind vor Ort nämlich in stärkerem Maße betroffen als die Nicht-Stuttgarter im Ländle. Das schließt die Tatsache ein, dass sie auch einen direkten Erfahrungszugang zum Thema haben, während alle anderen Bewohner des Landes das Thema nur medial vermittelt erfahren. Für die Bewohner Stuttgarts ist das Thema – um es kommunikationswissenschaftlich zu formulieren – ein „aufdringliches“ Thema, weswegen seine wahrgenommene Wichtigkeit in Stuttgart auch ge-

ringeren Schwankungen unterliegen sollte.

Was zeigen nun die Ergebnisse? Zu Beginn unserer Untersuchungen nennen zirka 45 Prozent der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger ihren Bahnhof als wichtigstes Problem des Landes. Dieser Wert liegt damit um rund zehn Prozentpunkte über dem Wert, der für den Rest des Landes resultiert. Diese Erwartung bestätigt sich also. Dies gilt allerdings nicht für unsere zweite These: Denn mit der Fukushima-Katastrophe geht die Häufigkeit der Nennung *auch* in Stuttgart merklich zurück. Und auch sonst entspricht das zeitliche Verlaufsmuster der Nennungshäufigkeit dem des restlichen Landes. Die Daten zeigen also, dass Stuttgart 21 in der Landeshauptstadt zwar grundsätzlich als wichtigeres Problem, aber im Verlauf nicht anders wahrgenommen wurde als im Rest des Landes (vgl. Abbildung 1).

Neben dieser regionalen Differenzierung wird in der einschlägigen Literatur auch nach so genannten *issue publics* unterschieden. Übertragen auf Stuttgart 21 ließe sich vor diesem Hintergrund erwarten, dass insbesondere die Gegner von Stuttgart 21 dem Thema besondere Bedeutung zumessen. Auch dieser Frage wollen wir nun nachgehen. Wie sich in Abbildung 2 zeigt, erweist sich diese These zumindest vor der Landtagswahl als zutreffend. Allerdings verschwindet dieser Unterschied nach der Landtagswahl.

Bemerkenswert ist vor allem, dass im Umfeld der Volksabstimmung nicht etwa die Nennungshäufigkeit der Gegner zurückgeht, sondern vielmehr ein deutlicher Anstieg bei den Befürwortern des Projektes erkennbar wird⁵. Während das Problem Stuttgart 21 zum Zeitpunkt der Landtagswahl bei den Projektgegnern einen höheren Stellenwert hatte, ist dies bei der Volksabstimmung nicht mehr der Fall. Offenkundig hat die Volksabstimmung als verfasste Form politischer Partizipation (mit verbindlichem Charakter) die zuvor bestehenden Unterschiede nivelliert. Nach der Volksabstimmung hat das Problem schließlich für beide Seiten an Wichtigkeit verloren – erneut ein klares Indiz dafür, dass die Volksabstimmung zu einer Angleichung von Wahrnehmungsmustern (einschließlich eines deutlichen Rückgangs nach dem Volksentscheid auf beiden Seiten) beigetragen hat.

Abbildung 1: Prozentuale Häufigkeit der Nennung von „Stuttgart 21“ als wichtigstes Problem in Baden-Württemberg

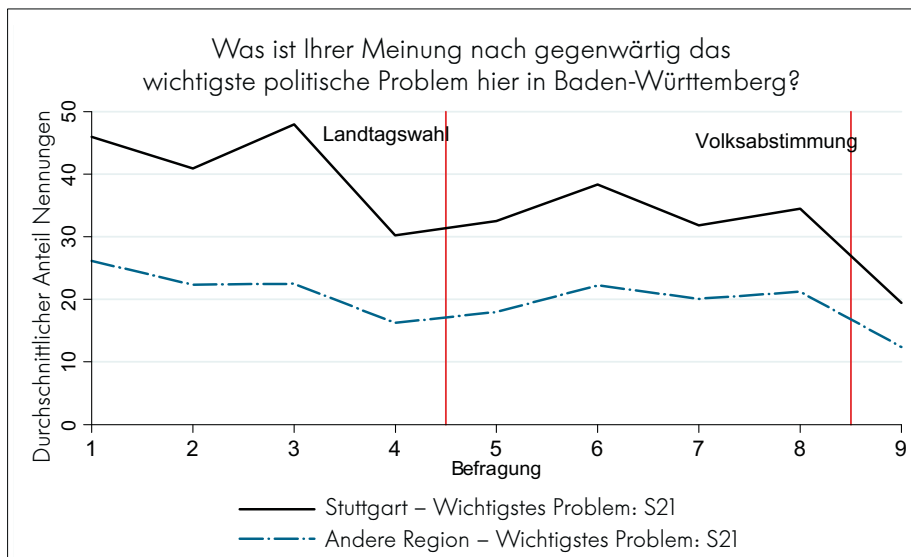
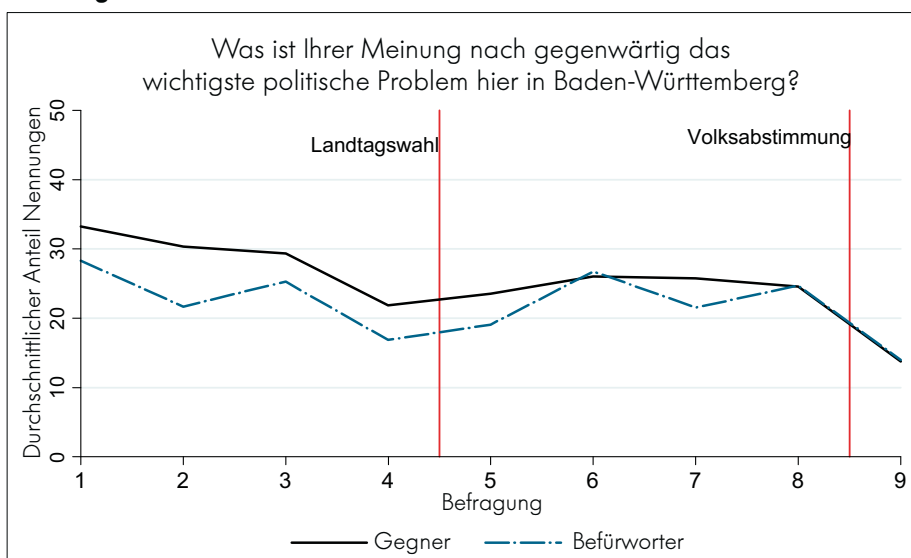


Abbildung 2: Prozentuale Häufigkeit der Nennung von „Stuttgart 21“ als wichtigstes Problem in Baden-Württemberg aufgeschlüsselt nach Befürwortern und Gegnern



Zwischen Wut und Hoffnung – Emotionen zu Stuttgart 21

Stuttgart 21 hat die Bürgerinnen und Bürger nicht nur auf der Sachebene, sondern auch auf der emotionalen Ebene bewegt. Nicht umsonst ist der Begriff

„Wutbürger“ in diesem Kontext entstanden. Auch wir wollen daher an dieser Stelle den mit Stuttgart 21 verbundenen Emotionen (samt ihrer zeitlichen Dynamik) nachgehen.

Wir unterscheiden dabei zwischen positiven und negativen Emotionen. Als Beispiele hierfür greifen wir die Emotionen Freude und Hoffnung (positiv) sowie Ärger und Wut (negativ) exemplarisch heraus.⁶ Abbildung 3 stellt die Emotionen der Befragten zu Stuttgart 21 während des Befragungszeitraumes dar. Während die mittleren Werte für Ärger und Wut im Bereich von 4 bis 5 liegen⁷, erreicht die positive Emotion Hoffnung insgesamt – also bei Betrachtung von Befürwortern und Gegnern zusammen – lediglich einen Höchstwert von 3,3. Werden Gegner und Befürworter getrennt betrachtet, wandelt sich das Bild jedoch etwas. Auf der Seite der Gegner überwiegen weiterhin die negativen Emotionen. Positive Emotionen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Bei den Befürwortern ist dieser Trend zunächst genau umgekehrt. Jedoch werden die Emotionen bei dieser Gruppe insgesamt schwächer ausgelöst als bei den Gegnern, und negative und positive Emotionen liegen in ihrer Stärke weniger weit auseinander. Im Zeitverlauf zeigt sich zudem, dass bei den Gegnern die negativen Emotionen leicht abnehmen, während bei den Befürwortern die Emotionen überwiegend stabil bleiben. Erst nach der Volksabstimmung gehen die negativen Emotionen insgesamt – also bei beiden Gruppen – zurück. Während bei den Gegnern auch Hoffnung und Freude abnehmen, steigen bei den Befürwortern diese Emotionen – wohl auch aufgrund der gewonnenen Volksabstimmung – leicht an.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Regionen in Baden-Württemberg (vgl. Abbildung 4) lassen sich die bereits für die Wichtigkeit festgestellten Befunde ebenfalls nachweisen. In Stuttgart ist das Thema Stuttgart 21 nicht nur wichtiger, sondern ruft auch stärkere Emotionen hervor als in den anderen Landesteilen. Die Entwicklung der Emotionen ist jedoch ähnlich. Vor allem gehen auch die Werte mit Abschluss der Volksabstimmung deutlich zurück.

Auch auf emotionaler Ebene hat die Volksabstimmung vom 27. November 2011 das Thema Stuttgart 21 demnach deutlich befriedet. Mit der Einschränkung, dass die Gegner auch nach der Volksabstimmung weiterhin etwas wütender und ärgerlicher sind, gilt dies sowohl für die unterschiedlichen Konfliktparteien als auch für die unterschiedlichen Landesteile.

Die Volksabstimmung aus Sicht der Bürger

Noch vor der Volksabstimmung war aus dem Lager der Gegner zu vernehmen, dass sie das Ergebnis nicht akzeptieren würden, wenn sie in der Mehrheit wären, aber das Quorum nicht erreicht werden würde. Bei der Volksabstimmung wurden weder Quorum noch das entsprechende Ergebnis erreicht. Dennoch legt die weiterhin höhere Wut zunächst nahe, dass die unterlegenen Gegner nicht so zufrieden mit der Volksabstimmung sind wie die Befürworter. Außerdem war unklar, ob beide Seiten das Ergebnis akzeptieren würden. Wir möchten dies zum Anlass nehmen, abschließend explizit die Bewertung der Volksabstimmung durch die Bürger zu betrachten.

Zunächst ist dabei festzuhalten, dass die Bürgerinnen und Bürger insgesamt sehr zufrieden mit der Durchführung der Volksabstimmung waren. Dies gilt sowohl für die Befürworter des Projektes, aber in noch viel größerem Maße für dessen Gegner. So finden es nur rund acht Prozent der Gegner und 16 Prozent der Befürworter sehr oder eher schlecht, dass es die Volksabstimmung gegeben hat (Abbildung 5). Die übrigen Personen begrüßen dies im Nachhinein. Obwohl die Befürworter die Volksabstimmung gewonnen haben, bewerten die Gegner die Tatsache, dass es die Volksabstimmung gegeben hat, besser. Dies lässt sich damit erklären, dass es

Abbildung 3: Emotionen zu Stuttgart 21 aufgeschlüsselt nach Befürwortern und Gegnern

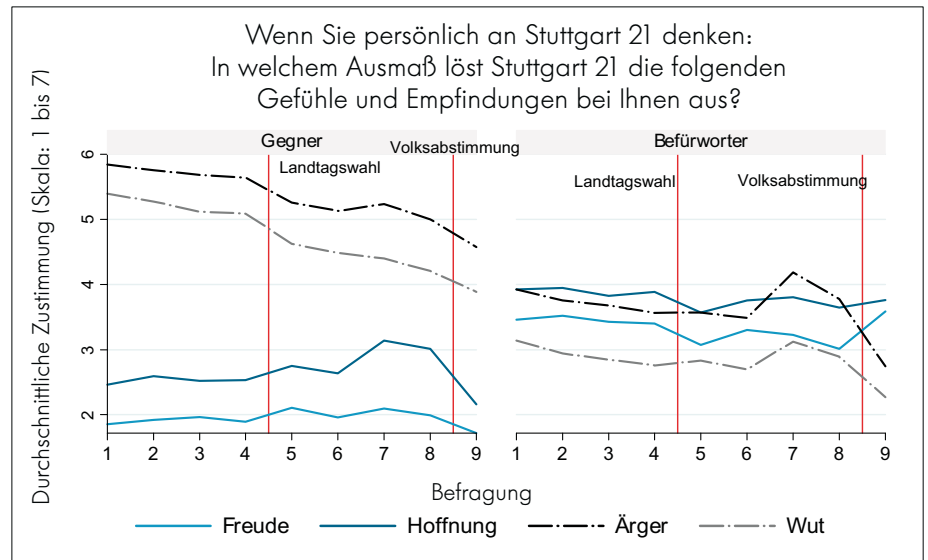


Abbildung 4: Emotionen zu Stuttgart 21 aufgeschlüsselt nach Region

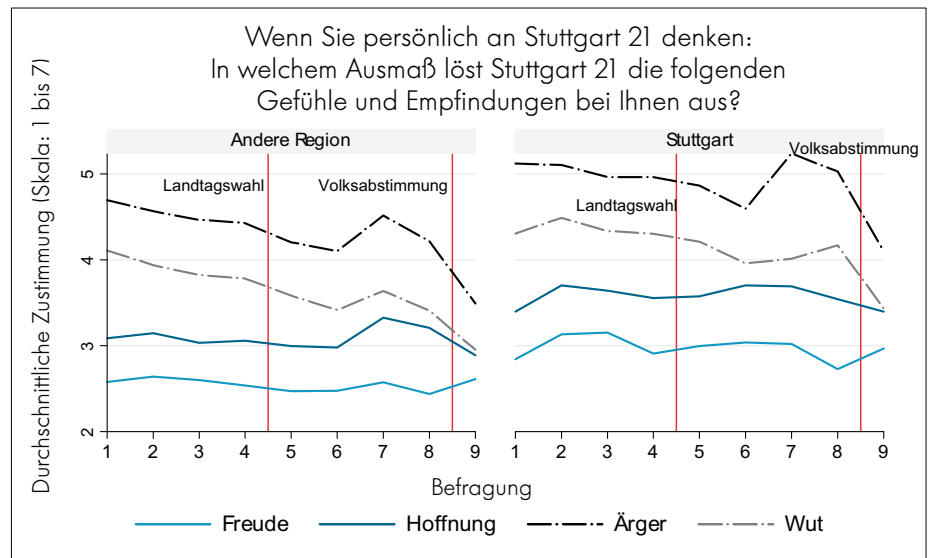


Abbildung 5: Bewertung Volksabstimmung aufgeschlüsselt nach Befürwortern und Gegnern

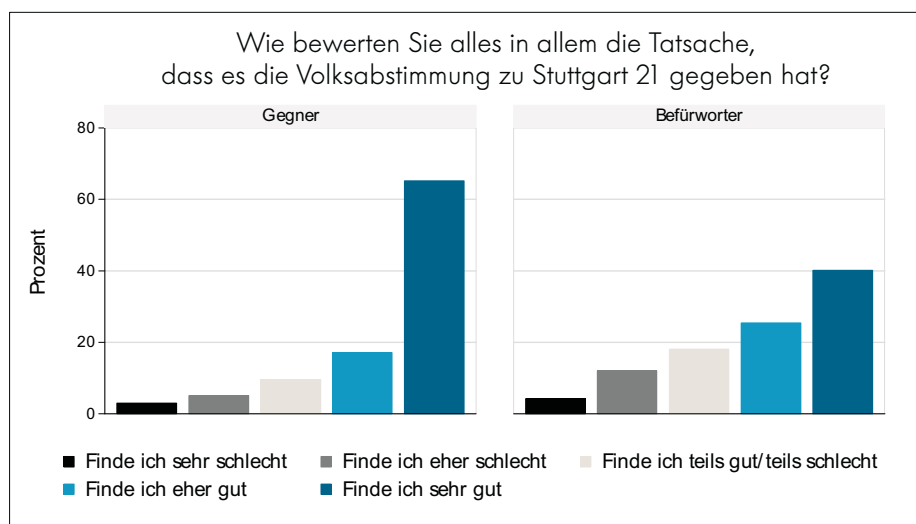
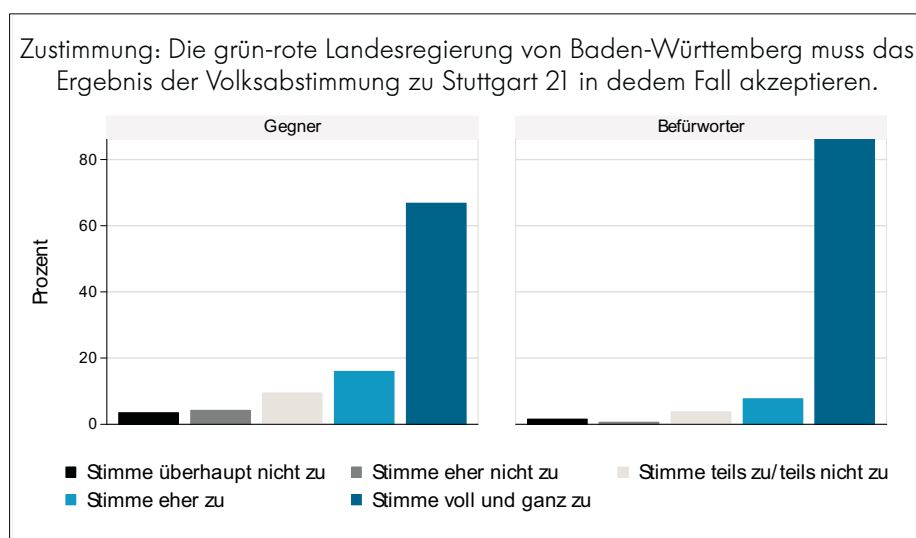


Abbildung 6: Normative Erwartung nach der Volksabstimmung aufgeschlüsselt nach Befürwortern und Gegnern



wahrscheinlich aus Sicht vieler Befürworter keine Notwendigkeit mehr gab, über das Projekt abzustimmen, nachdem es im Vorlauf Planfeststellungsverfahren und den Schlichtungsprozess gegeben hatte. Unterschiede zwischen anderen Regionen und den Bewohnern der Stadt Stuttgart gab es in diesem Punkt zudem nicht.

Neben der Zufriedenheit mit der Abstimmung bieten die normativen Erwartungen an die Landesregierung weiteren Einblick in die Akzeptanz des Ergebnisses durch Befürworter und Gegner. Auch hier zeigt sich, dass es zwischen den beiden Gruppen (Abbildung 6) erneut eine große Übereinstimmung gab. Sowohl Befürworter als auch die unterlegenen Gegner erwarten von der Lan-

Johannes N. Blumenberg, M.A. studierte von 2006 bis 2010 Politikwissenschaft und Soziologie an den Universitäten Oldenburg und Heidelberg. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Wahlstudie Baden-Württemberg und der Studie „Volksabstimmung Stuttgart 21“. Zu seinen Forschungsinteressen zählen Wahlen- und Wählerverhalten sowie Parteien und Parteiensysteme.



UNSER AUTOR

desregierung, das Ergebnis der Volksabstimmung zu akzeptieren. In erster Linie die Haltung der Gegner unterstreicht dabei erneut die These, dass die Volksabstimmung zu einer Befriedung auf allen Seiten beigetragen hat. Die Zeichen lassen sich deutlich lesen: Durch die Volksabstimmung fühlen sich auch die Gegner nun berücksichtigt. Der bis heute von der Landesregierung akzeptierte Auftrag, sich an das Ergebnis der Volksabstimmung zu halten, wird von allen Gruppierungen innerhalb der Bevölkerung unterstützt, aber auch erwartet.

Ausblick

Fasst man die Ergebnisse noch einmal zusammen, so lässt sich die eingangs vermutete Hypothese, dass die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 ein gelungenes Experiment war, um die in der Bevölkerung entstandene Konfliktlinie zu bereinigen, eindeutig bestätigen. Nach der Durchführung der Volksabstimmung verliert das Projekt seinen Stellenwert als eines der wichtigsten Probleme des Landes in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig ist es gelungen, die starken Gefühle (insbesondere die negativen), die mit dem Projekt verbunden waren, bei einem Großteil der Bevölkerung abzubauen. Befürworter wie Gegner, Stuttgarter wie die Bewohner anderer Regionen des Landes waren insgesamt sehr zufrieden mit der Durchführung der Volksabstimmung und erwarten nun, dass



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Thorsten Faas ist seit 2009 Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Zu seinen Forschungsbereichen zählen Wahlen, Wahlverhalten, Wahlkämpfe und Wahlstudien. Er leitet am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung die Projekte „Wahlstudie Baden-Württemberg 2011“ sowie „Volksabstimmung Stuttgart 21: Eine Studie zur Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und der Legitimität politischer Entscheidungen anlässlich der Volksabstimmung zu ‚Stuttgart 21‘“.

die Landesregierung den direkten Auftrag des Volkes auch umsetzt.

Nichtsdestotrotz bleibt die Frage offen, ob sich die Erfahrungen aus dieser Volksabstimmung auch auf zukünftige Volksabstimmungen im Land übertragen lassen. Zweifelsohne war die Volksabstimmung ein großer Erfolg. Gleichwohl gilt: Das Projekt Stuttgart 21 war und ist in vielerlei Hinsicht besonders. Kaum ein Projekt in der Bundesrepublik hat die Gemüter zuvor so bewegt wie dieses und kaum eines hat die Fronten so verhärtet. Letztlich war die Volksabstimmung, auch für die neue Regierung des Landes, ein Rettungsanker, ein letzter Ausweg. Wenn direkte Demokratie gelingen soll, darf diese jedoch nicht zu einem Rettungsanker verkommen, darf nicht der letzte Ausweg sein. Zu leicht entsteht andernfalls der Eindruck, das Volk müsse alles bestimmen, weil die Politik sich nicht mehr einig wird. Konflikte gehören jedoch genauso zu einer gelebten Demokratie. Auf diesen ersten Versuch können deshalb letztendlich nur weitere Versuche folgen, an denen

sich schließlich das reale Potential der Volksabstimmung messen lassen muss.

ANMERKUNGEN

1 Heffner, Markus/Raidt, Erik (2012): Stuttgart 21: Protest im Hamsterrad. In: Stuttgarter Zeitung.de vom 12.3.2012. Unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-21-protest-im-hamsterrad.0da1440b-8bbb-4a2c-afef-1c0bce83b85d.html>.

2 Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens, das auch Umweltverträglichkeitsprüfungen, alternative Trassenführungen und alternative Betriebskonzepte umfasste, gingen 13.700 Einwendungen gegen das Projekt ein. Diese Zahl ist jedoch, verglichen mit den Zahlen anderer Infrastrukturprojekte wie beispielsweise dem Bau der Rheintalbahn mit 172.000 Einwendungen, relativ gering.

3 Ein Access-Panel ist ein Kreis von Personen, die für Befragungen durch einen Anbieter zur Verfügung stehen. Die Personen haben sich freiwillig in diesem Panel registriert und erhalten für ihre Teilnahmen in der Regel eine geringfügige Entlohnung.

4 Dass es oftmals die gleichen Personen waren, die sich zunächst gegen den Bahnhof, dann gegen Atomkraft aussprachen, unterstützt diese These zusätzlich. Immerhin gaben rund 20 Prozent derjenigen Personen, die in Befragung 4 Atomkraft als wichtigstes Problem sahen, noch in

Befragung 3 Stuttgart 21 als wichtigstes Problem an.

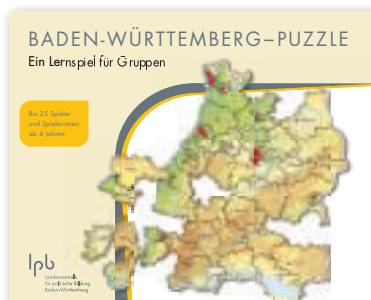
5 Der Rückgang bei den Befürwortern von Befragungszeitraum 6 zu 7 lässt sich durch den großen zeitlichen Abstand erklären. Erst ab Befragung 7 handelt es sich um die Befragungen aus Anlass der Volksabstimmung.

6 Wie weiterführende Analysen gezeigt haben, verhalten sich die anderen Emotionen ähnlich den exemplarisch ausgewählten, so dass es an dieser Stelle sinnvoll ist, nur die ausgewählten Ergebnisse zu präsentieren.

7 Der Wert 1 bedeutet, dass die Emotionen gar nicht ausgelöst werden, der Wert 7 entspricht „in sehr großem Ausmaß“.

Baden-Württemberg-Puzzle

Beliebter Lernklassiker endlich wieder erhältlich!



Das Großpuzzle Baden-Württemberg

- vermittelt Grundkenntnisse über Geografie und Politik des Bundeslands.
- ermöglicht interaktive, schülerorientierte Einstiege und Vertiefungen.
- kann von Gruppen mit bis zu 30 Spielenden problemlos genutzt werden, vom Kindergarten- bis zum Seniorenalter.
- besteht aus stabilen, gut zu greifenden Kartonteilen, die entlang der Grenzen der Stadt- und Landkreise gestanzt sind.
- hat ausgelegt die Maße 90 x 120 cm.
- vollständig überarbeitet und kartografisch auf dem neusten Stand.



Bestellung: 25.- Euro zzgl. Versand (bei einem Puzzle 6,12 Euro)
Landeszentrale für politische Bildung, Fax 0711.164099 77,
marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de/shop